

EU drängt Polen zu raschen Reformen

Neun „rote Karten“ im letzten Bericht vor der EU-Erweiterung – Alle zehn Beitrittsländer müssen nachbessern

HANDELSBLATT, 5.11.2003

BRÜSSEL. Polen ist nur unzureichend auf den für Mai 2004 geplanten EU-Beitritt vorbereitet. Auch alle übrigen neun Beitrittsländer weisen zum Teil erhebliche Defizite bei der Umsetzung des gemeinschaftlichen Regelwerks auf. Dies geht aus dem so genannten Fortschrittsbericht zur EU-Erweiterung hervor, den die EU-Kommission heute in Brüssel vorlegen will. Polen erhält demnach neun „rote Karten“ für Versäumnisse, die „sofortiges und entschiedenes Handeln“ erfordern. Malta muss mit sechs, Lettland mit fünf, Tschechien mit vier Verweisen rechnen.

Der mit Spannung erwartete Bericht ist die letzte Möglichkeit der Kommission, die Beitrittsländer zur vollständigen Übernahme der EU-Gesetze aufzurufen. Dabei hat sich Erweiterungskommissar Günter Verheugen offenbar zu einer Doppelstrategie entschieden: Einerseits stellt er allen Kandidaten ein Reifezeugnis für den Beitritt aus – nicht einmal dem schlechtesten Schüler

Polen soll der Beitritt zur Union verweigert werden. Andererseits behält sich Verheugen vor, einigen Ländern ausdrückliche Warnschreiben zu schicken und mit Vertragsverletzungsverfahren zu drohen.

Ob Polen mit einer Warnung rechnen muss, blieb bis zuletzt offen. Die Kommission werde ihre Linie erst bei der Sitzung am heutigen Mittwoch festlegen, sagte ein EU-Sprecher in Brüssel. „Wir debattieren weiter, einige Dinge könnten noch geändert werden“, hieß es am Dienstag.

Fest steht, dass die Brüsseler Behörde Polen zu mehr Fortschritten bei der Anpassung an die EU-Standards drängen will. Im Vordergrund stehen dabei der freie Personenverkehr, die Landwirtschaft und die Lebensmittelsicherheit, heißt es in einem Kommissionsentwurf, der dem Handelsblatt vorliegt. Polen habe das europäische Erfassungssystem für landwirtschaftliche Flächen und Betriebe noch nicht vollständig eingeführt, kämpfe mit Hygiene-Problemen bei der Lebensmittelpro-

duktion und verfüge auch nicht über ausreichend qualifiziertes Personal im Gesundheitswesen. Mehr Anstrengungen seien zudem beim Kampf gegen die Korruption, bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und bei der Überwa-

Die Kommission kritisiert vor allem Mängel im freien Personenverkehr, der Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit.

chung der Außengrenzen nötig. „Der Reformprozess ist seit dem Report des letzten Jahres fast zum Erliegen gekommen“, heißt es in dem Berichtsentwurf.

Trotz dieser Mängel bescheinigt die Kommission Polen „in den meis-

ten Politikfeldern“ einen „hohen Grad der Anpassung“ an die Standards der Europäischen Union. Dieses Urteil findet sich wortgleich auch in den Fortschrittsberichten über die übrigen neun Beitrittsländer. Doch während Polen neun „rote Karten“ erhält, kommt Muster Schüler Slowenien mit einer einzigen Mängelrüge davon. Auch Litauen und Estland kommen mit zwei beziehungsweise drei Rügen relativ ungeschoren davon.

Die Kritikpunkte ähneln sich: mangelnde Fortschritte im Kampf gegen die Korruption, zu wenig Umweltschutz, unzureichende Hygiene, fehlende Sicherheit im Straßen- und Schiffsverkehr. Allerdings geht man in Brüssel davon aus, dass die meisten Mängel noch bis zum effektiven EU-Beitritt am 1. Mai abgestellt werden können.

Sollten danach noch gravierende Defizite bestehen, die den Binnenmarkt stören, kann die Kommission den Neumitgliedern über die so genannte Sicherheitsklausel bestimmte Restriktionen auferlegen.

So kann der Export bestimmter Produkte in andere EU-Länder untersagt werden. Sind die Verstöße auch nach drei Jahren nicht abgestellt, kann die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen die säumigen Neumitglieder einleiten. Dies könnte den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg auf Jahre beschäftigen und in einen „Kleinkrieg“ münden, fürchten Beobachter in Brüssel.

Weiteres Kopfzerbrechen bereiten die Beitrittsbegehren von Rumänien, Bulgarien und der Türkei. Während für Rumänien und Bulgarien ein EU-Beitritt für 2007 angestrebt wird, muss die Türkei noch auf einen Termin für die Aufnahme offizieller Beitrittsgespräche warten. In ihrem Fortschrittsbericht, der ebenfalls heute veröffentlicht wird, mahnt die Kommission schnellere Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen an (Handelsblatt vom 31.10.2003). Sollte die Umsetzung vorankommen, könnten die Aufnahmeverhandlungen 2005 beginnen, heißt es in Brüssel.



Wirtschaftlich muss die Regierung in Warschau noch aufholen: Polen ist nur unzureichend auf den für Mai 2004 geplanten EU-Beitritt vorbereitet.

Fotos: Eastway, ddp